Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 5

Artikel: Die Tatgemeinschaft der Jugend
Autor: Stohler, Martin
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333481

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

»Charakter, Festigkeit und Stärke sind Eigenschaften, die man in der schweizerischen Außenpolitik der letzten zehn Jahre auch spurweise nicht findet. Gegenüber dem Faschismus folgt eine Verbeugung der andern, die Toleranz nach Süden ist beispiellos und eben darum mit einer dauernden Zermürbung des Asylrechts verbunden.«

Das sind hochaktuelle Worte — nur muß der »Toleranz nach Süden« der Kotau nach Norden beigefügt werden. Wird dieser Kurs mit Hilfe eines Bundesratserlasses von fragwürdiger Verfassungsmäßigkeit wesentlich anders werden unter dem nach wie vor von Motta dirigierten, durch Hochfinanz-Wetter verstärkten Berner Kammerorchester? — Wir wagen es zu bezweifeln.

Wir bleiben auf dem Boden des Rechts und der demokratischen Verfassung, wenn wir fordern, daß auch das neueste Ordnungsgesetz auf legalem Wege erlassen werde. Was *wirklich* dringlich ist, kann durch dringlichen Bundesbeschluß — nicht *Bundesrats*beschluß! — normiert werden. Was zeitliche Erdauerung erträgt, ist als Bundesgesetz mit fakultativem Referendum dem Willen des Volkes zu unterbreiten. Wo aber die Abwehr des »ausländischen« Staatsfeindes ein rasches Eingreifen der Behörde wirklich verlangt — und es gibt solche Fälle! — bedürfen Bundesrat und Bupo keines besondern Ermächtigungsgesetzes. Sie sind nach Sinn und Wortlaut der Verfassung zu solcher Abwehr befugt, und das Volk billigt nicht nur, es *fordert* diese Abwehr landfremder und in fremdem Solde stehender Feinde.

Die Tatgemeinschaft der Jugend

Von Dr. Martin Stohler.

I.

Unsere Zeit ist unter anderm durch die Tatsache charakterisiert, daß die traditionelle Spaltung des menschlichen Lebens in ein öffentliches und ein privates immer deutlicher überwunden wird. Der Strudel der Ereignisse zieht immer weitere Kreise und reißt die Grenzen zwischen privater und öffentlicher Lebenssphäre nieder. Die Politik wird universeller. »Man« muß Stellung nehmen zu den politischen Ereignissen. Diese Erscheinung zeigt sich sowohl in den demokratischen wie in den faschistischen Staaten. Aber in der Auswirkung besteht ein wesentlicher Unterschied: Im demokratischen Staat hat das Volk die *Möglichkeit*, Stellung zu nehmen, wie es in seinem Interesse liegt, wenigstens rechtlich und politisch, wenn auch noch nicht ökonomisch. Im Faschismus hingegen muß es sich einordnen in die vordiktierte Stellungnahme. Die Staatsführung nimmt für das Volk Stellung, an Stelle des Volkes, anstatt im Namen des Volkes. Je mehr die Regierung dem Volke die Stellungnahme »abzunehmen« imstande ist, desto schwerer sind die Grundlagen eines demokratischen Staates bedroht. Der demo-

kratische Staat hat deshalb ein Interesse daran, daß sich das Volk interessiert und entscheidet, je »politischer« das Staatsvolk in einer Demokratie, desto lebendiger und stärker das demokratische Staatswesen. Die Demokratie ist folglich in wahrstem Sinne des Wortes die politischste Staatsform.

II.

Es kommt nicht von ungefähr, daß der Gedanke einer Tatgemeinschaft der Schweizerjugend von politischen Jugendorganisationen ausging. Sie, die in unserem Lande nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil der Jugend zu organisieren vermochten, erkannten zum großen Teil die eigene Unfähigkeit, auf genügend weite Kreise der Jugend ihren Einfluß auszuüben. Es gab aber auch in den hauptsächlichsten politischen Jugendorganisationen Leute, die den Faktor der Politisierung unserer Jugend in seiner Bedeutung richtig einzuschätzen verstanden und auch die nötige Vorurteilslosigkeit besaßen, um mit jungen Leuten anderer Weltanschauung an den gleichen Tisch zu sitzen und sich auf gemeinsam zu lösende Aufgaben zu besinnen. Je stärker der Lärm der Geschehnisse an unsere Grenzen und über diese ins Land hineindrang, desto zahlreicher wurden die Anhänger einer gemeinsamen Abwehr, einer Verschmelzung der zersplitterten Kräfte. Es galt, die Jugend aus der politischen Indifferenz zu wecken und die schon vorhandenen politischen Jugendorganisationen an gemeinsamen Gefahrenstellen gemeinsam einzusetzen.

III.

Noch ein drittes, mit den ersten beiden Faktoren eng verflochtenes Moment kam dazu, daß sich die Jugend auf einer gewissen gemeinsamen Plattform fand. Die Schnelligkeit der Ereignisse. Hatte schon der Fall Oesterreichs zu besorgten Diskussionen Anlaß gegeben und gerade im katholischen Lager wichtige Auflockerungen der allzu großen Abneigungen eines Zusammengehens mit linksstehenden Organisationen verursacht, so brachte der kaum ein halbes Jahr später erfolgende Zusammenbruch der Tschechoslowakei die neuen Tendenzen ins Rollen. Man begann hier und dort einzusehen, daß der eigenen Organisation einfach nicht die Zeit bliebe, maßgebenden Einfluß auf die Jugend zu gewinnen. Dieser eigentlich egoistische Beweggrund half bestimmt über manche Vorurteile hinweg. Denn, daß etwas geschehen müsse, darüber war man sich einig. Stehen die politischen Jugendorganisationen ihrer Natur nach schon in einer generationenbedingten Opposition zur traditionellen Landespolitik, so mußte sie das Zögern der Regierung, die beginnende Unverschämtheit der Naziagenten und die Einsicht in die Dringlichkeit des Widerstandes bewegen, nach Taten zu rufen und mit der Verteidigung der Demokratie endlich Ernst zu machen.

IV.

Dieser Umstellungsprozeß in der Mentalität der Jugendorganisationen wurde — und das darf niemals übersehen werden — erleichtert und wesentlich gefördert durch das erwachende politische Interesse in den

weiten Kreisen der nichtorganisierten Jugend. Manch einer, der bis anhin nur mit einem mitleidigen Lächeln zugehört hatte, wenn politische Gespräche geführt wurden, begann stutzig zu werden, als der Widerhall der Ereignisse an sein Ohr drang. Die Septembertage, wo landauf, landab von Mobilisation die Rede war, haben auch in der Schweizerjugend eine politische Aufmerksamkeit geweckt, ein spontanes Bedürfnis nach Taten erzeugt. Der nicht ungefährlich um sich greifende Deutschenhaß, der gewaltige Andrang zu dem Füsilier-Wipf-Film sind nur zwei Ausdrucksformen für das beginnende Interesse an politischen Dingen. Sogar der Sport war momentweise in den Hintergrund getreten.

V.

Die Tatgemeinschaft hat ihren Namen nicht von ungefähr bekommen. »Gemeinschaft« bedeutet in concreto das Zusammenstehen verschiedener Kräfte. »Tat« ist der Ausdruck eines ungestümen Willens, den ewigen Diskussionen über die geistige Landesverteidigung auch Aktionen folgen zu lassen.

Wenn wir uns fragen, wo die gemeinsamen Anhaltspunkte sind, so denken wir sofort an die *Abwehr*. Hier im Negativen ist zweifellos der Ort, wo sich am leichtesten eine gemeinsame Grundlage herstellen läßt. Gemeinsam ist allen Jugendorganisationen die Gefahr des Faschismus. Er droht alles, was sich ihm nicht bedingungslos unterordnet, zu verschlingen. Gemeinsam ist die Verteidigung des natürlichen Existenzbodens der Schweiz. Gemeinsam sind ferner die demokratischen Einrichtungen, die ja erst ein Nebeneinanderbestehen von verschiedenen Organisationen erlauben.

So wird die Verteidigung der Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz zum ersten gemeinsamen Programmpunkt. Hunderttausende Schweizer werden mit diesem Programmpunkt einiggehen.

Die Schwierigkeiten begannen da, wo sich die Frage des Wie? erhob. Man kann in guten Treuen verschiedener Meinung sein über die Wege, die zu einer solchen Verteidigung führen. Hier galt es, die weltanschaulichen Gegensätze, die zwangsläufig auftauchten, zu überbrücken.

VI.

Eine erste Schwierigkeit erhob sich bei der Frage, ob auch die Kommunistische Partei als demokratiefeindlich zu bekämpfen sei. Ganz offenbar widerspricht das kommunistische Parteiprogramm dem oben dargelegten ersten Grundsatz der Tatgemeinschaft. Es konnte darum unter den in Basel der Tatgemeinschaft angeschlossenen Organisationen (Jungdemokraten; Jungsozialisten; Katholiken, Gruppe Entscheidung; Katholiken, Gruppe Aufgebot; Jungnaturfreunde) keine Diskussion darüber geben, ob eine Zusammenarbeit mit kommunistischen Organisationen in Frage käme oder nicht. Die Bejahung einer solchen hätte zum vornherein die Tatgemeinschaft zum Tode verurteilt. Anders lautete die Antwort auf die Frage, ob auch gegen die kommunistische Presse

vorgegangen werden sollte. Diese Frage wurde aktuell anläßlich der wie in Zürich durchgeführten Kontrolle demokratiefeindlicher Zeitungen. Da verlangte die katholische Gruppe Aufgebot auch die Einbeziehung der kommunistischen »Freiheit« in die Kontrolle. Sie machte sogar von der Beantwortung dieser Frage ihre weitere Mitarbeit in der Tatgemeinschaft abhängig. Aber außer dieser Gruppe stellten sich alle andern auf den Standpunkt, daß die Bekämpfung der »Freiheit« nicht Aufgabe der Tatgemeinschaft sein könne, weil das nur zu einer absolut unnützen Zersplitterung führen müßte. Die einzige aktuelle Gefahr für die Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz drohe heute vom Nationalsozialismus. Zudem hat sich die »Freiheit« wiederholt auf den Standpunkt der Demokratie gestellt. Eine Bekämpfung der kommunistischen Organisationen und ihrer Presse käme einer Vorschubleistung für die faschistische Propaganda gleich, die mit dem Schlagwort des Kommunismus Ablenkung zu schaffen versucht. Die Gruppe Aufgebot hat darauf ihren Austritt aus der Basler Tatgemeinschaft erklärt.

VII.

Mit der Kontrolle ausländischer, vor allem reichsdeutscher Zeitungen hat die Tatgemeinschaft die erste öffentliche Aktion unternommen. Hier war eine Einigkeit sofort möglich. Die Kontrolle hat zu recht interessanten Resultaten geführt. Das Angebot von Nazizeitungen erreicht nicht ganz dieselbe Höhe wie in Zürich, ist aber immer noch sehr beträchtlich. Die Nachfrage hingegen nach solchen Produkten bewegt sich auf dem Platze Basel in ziemlich bescheidenen Bahnen. Soll die Zeitungskontrolle nicht eine rein platonische Sache bleiben, so muß sie zu ganz konkreten Forderungen an die Kiosk- und Leihbuchhandlungenbesitzer führen. Zum mindesten muß erreicht werden, daß die nationalsozialistischen Zeitungen nicht mehr außen, öffentlich aufgehängt und angeboten werden dürfen.

VIII.

Verhältnismäßig leicht war die Einigung auf einen der wichtigsten Punkte der Abwehr, der zugleich zu einer positiven Aufbauforderung werden kann und dem deshalb besondere Bedeutung zukommt:

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. An der Wiege der Tatgemeinschaft steht die Ueberzeugung, daß unzählige, vor allem junge Schweizer ihre Freiheitsrechte um jeden Preis, auch dann, wenn ihre materielle Lage schlechter sein sollte als bisher, zu verteidigen bereit sind. So gehört auch die geistige Erweckung der Schweizerjugend, die Verbreitung der Erkenntnisse vom Wert der Freiheit mit zu den wichtigsten Aufgaben der Tatgemeinschaft. Aber man hat sich in allen beteiligten Kreisen der Einsicht nicht verschließen können, daß auf die Dauer gerade die Arbeitslosigkeit der Jugend zu einem ganz gefährlichen Ansatzpunkt nationalsozialistischer Propaganda werden kann. Berichte, die dem Plenum der Tatgemeinschaft zu Ohren kamen über die Stimmung im Rheintal, die Tatsache, daß eine ganze Anzahl junger Basler Metallarbeiter im Dritten Reich in der Nähe der Grenze Arbeit

fand, haben dazu beigetragen, daß viel und eifrig die Frage von konkreten Maßnahmen auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung diskutiert wird. Hier zeigen sich die besondern Schwierigkeiten einer prinzipiell überparteilichen Organisation: Die Ausarbeitung von Vorschlägen, die Instanz, an die sie gerichtet und von der sie vertreten werden sollen, all das führt zu mancherlei Fragen und Meinungsverschiedenheiten, die nicht so leicht zur Tat schreiten lassen.

Hier wird die Tatgemeinschaft wohl in erster Linie auf die Aufgabe beschränkt sein, das allgemeine Interesse und die Einsicht in die Bedeutung der Frage zu wecken. Sie wird in öffentlichen Versammlungen zur Jugend sprechen und sie mobilisieren müssen und damit jenen Druck erzeugen, der die verantwortlichen Behörden zu noch viel energischerem Herangehen an das Problem der Arbeitslosigkeit zwingt. Dabei wird die Tatgemeinschaft nach unserer Auffassung auch nicht darum herumkommen, sich über die Frage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung auszusprechen und in der Jugend das Verständnis zu wecken für die Notwendigkeit, daß gerade die kapitalreichen Kreise so gut wie die Arbeiterschaft ihr Opfer zu bringen haben.

IX.

Man hat in der Zeitung gelesen, daß verschiedene Ortsgruppen der Tatgemeinschaft zur Bundesratswahl Stellung bezogen haben. Und zwar alle im Sinne der Unterstützung unseres Genossen Klöti. Sie gingen dabei von der einfachen Ueberlegung aus, daß alle Volkskreise in der obersten Behörde unseres Landes vertreten sein sollen. Was die Grundlage der Tatgemeinschaft bildet, die demokratische Vertretung der verschiedenen Weltanschauungen, soll auch im Bundesrat endlich zur Tatsache werden. Die Tatgemeinschaft kann das demokratische Gewissen unseres Staates bilden, indem sie dagegen Stellung nimmt, daß bestimmte Mächtegruppen den Volkswillen zuschanden machen. Sie muß ihrer Natur nach kämpfen für die Volksverbundenheit der parlamentarischen Vertreter, für eine wirklich lebendige Demokratie. Zum Geiste einer lebendigen Demokratie aber gehört die Immunität allen faschistischen Ideologien gegenüber. Die Tatgemeinschaft der Basler Jugend hat sich einmütig gegen das von rechtskatholischer Seite stammende Schlagwort: »Die Schweiz den Schweizern« ausgesprochen. Sie wehrt sich prinzipiell gegen die kleinsten Anfänge des Antisemitismus. Und sie hat die Absicht, gegen Schund- und Kitschfilme genau so vorzugehen wie gegen reine nazistische Propagandaerzeugnisse. Wenn es eine Begründung der Selbständigkeit der Schweiz gibt, und wir glauben an sie, dann liegt sie in allererster Linie in der Mission, der Welt das Beispiel eines Volkes zu geben, das sich mit Erfolg gegen jede Art totalitär-faschistischer Ideologie zur Wehr setzt und die demokratischen Einrichtungen auch in schwieriger Zeit auszubauen gewillt ist. So wird die Tatgemeinschaft auch zur Volkswahl des Bundesrates Stellung nehmen, im Bestreben, alle Tendenzen zur Verjüngung und zum Ausbau unserer Demokratie zu prüfen.

X.

Die Tatgemeinschaft der Jugend will der Angst vor dem Nationalsozialismus entgegentreten, in der Erkenntnis, daß die Angst ein mächtiger Bundesgenosse unserer Feinde ist. Sie hat aus den vergangenen Ereignissen die Lehre gezogen, daß dem Faschismus nur eines imponiert: der Widerstand. Im Bestreben, diesen Widerstand auszubauen und zu festigen, muß die Tatgemeinschaft nach unserer Auffassung, will sie konsequent sein, mannigfache Schwierigkeiten überwinden. Es gibt auch in unserem Lande Kräfte, die ihr Profitinteresse höher als die Landesinteressen stellen. Die Bundesratswahl vom vergangenen 15. Dezember hat bewiesen, daß in der bürgerlichen Demokratie die Klassengegensätze nicht überwunden sind. Bereits sind in Basel bei den Rechtskatholiken und Liberalkonservativen, im »Basler Volksblatt« und den »Basler Nachrichten«, Stimmen laut geworden, daß die Tatgemeinschaft »zu weit links stehe«, zu »rot« sei. Mit diesen Schlagworten tritt die Reaktion jetzt schon der Tatgemeinschaft entgegen, wo sie es lediglich wagte, in einer öffentlichen Versammlung auch einige Reformen als notwendig zu bezeichnen. Indem man vor der Wirklichkeit die Augen verschließt, ist die Demokratie nicht gerettet. Wir Sozialisten anerkennen, daß außerordentliche Zeiten außerordentliche Mittel erfordern. Deshalb arbeiten wir loyal in der Tatgemeinschaft mit. Die Tatgemeinschaft wird, wenn sie ihren Weg im Interesse ihrer Grundsätze konsequent zu gehen gewillt ist, den Widerständen auch im eigenen Lande trotzen müssen, die sich zeigen werden in dem Moment, wo sie zu Taten kommt, die den Profitinteressen großkapitalistischer Kreise entgegenstehen, aber zugleich im Landesinteresse liegen. Sowenig sie Instrument irgendeiner Partei werden darf, sowenig darf sie darauf verzichten, um einer faulen Farblosigkeit willen für das zu kämpfen, was sie nach reiflicher Ueberlegung als für den Bestand der Demokratie lebensnotwendig befunden hat. Denn in ihren Grundsätzen steht auch der Kampf für eine soziale Demokratie.

Noch sind wir in den Anfängen. Es geht darum, die Jugend für unsere Freiheitsrechte zu begeistern und sie zu Kämpfern zu machen, denen Freiheit und Menschlichkeit Lebensinhalt sind. An uns soll es nicht fehlen.

„Das andere Schweden", das beseitigt werden soll

Von Jeanne Reele.

In den letzten Jahren ist Schweden viel gerühmt worden als das Ausnahmeland in Europa, als die glückliche Halbinsel im Norden, die von den tiefen wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen des übrigen Europa bisher verschont blieb, auf der Ruhe, Wohlstand, Freiheits- und Friedensliebe noch eine sichere Stätte haben. Manches daran mag übertrieben sein. Sicher ist aber, daß das heutige Schweden durch